

WEITBLICK

ZEITUNG FÜR EINE GLOBAL GERECHTE UND ZUKUNFTSFÄHIGE POLITIK



3/2016
KLIMAGIPFEL
IN MARRAKESCH

Der Fall Huaraz wird verhandelt. Seite 2

Interview mit Patricia Espinosa, Chefin des UN-Klimasekretariats. Seite 3

Der deutschen Klimapolitik fehlt der nötige Biss. Seite 4

EDITORIAL



Sven Harmeling
Mitglied im Vorstand
von Germanwatch

Liebe Leserin, lieber Leser,

noch bis vor wenigen Wochen hätte wohl niemand in Germanwatch-Team darauf gewettet, dass das Klimaabkommen von Paris bereits am 4. November, vor dem Klimagipfel von Marrakesch, in Kraft treten würde. Die EU hielt eine Ratifizierung erst im nächsten Jahr für realistisch, doch insbesondere die USA und China haben ihr Beine gemacht. Dieses Inkrafttreten zeigt, dass wir mit vereinten Kräften dringend benötigte Veränderungen mitbewirken können. Nun möchten wir uns bei Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, angesichts dieses historischen Durchbruchs bedanken. Ihr Engagement und ihre Unterstützung helfen Germanwatch dabei, ein Aktivposten für eine zukunftsgerechtere Entwicklung zu bleiben. Die Beiträge in dieser Zeitung zeigen beispielhaft, wo Germanwatch hinsieht, analysiert und sich einmischt – gerade auch in Zusammenarbeit mit besonders vom Klimawandel betroffenen Menschen. Mit dem klimapolitischen Rückenwind durch das Paris-Abkommen und Ihrem Engagement werden wir es auch schaffen, die gegenwärtigen Blockaden gegen eine zukunftsgerichtete Klimapolitik in Deutschland zu überwinden.

Sven Harmeling

Sven Harmeling

Warum ich Germanwatch wichtig finde



Prof. Dr. Gesine Schwan
Leiterin der Humboldt-Viadrina
Governance Plattform

Seit zwei Jahren leite ich die „Humboldt-Viadrina Governance-Plattform“, die sich um nachhaltige Politik durch bessere Governance bemüht. Dazu organisieren wir Multi-Stakeholder-Gespräche zwischen Politik, dem Unternehmenssektor und der organisierten Zivilgesellschaft. Sie sollen zur gesellschaftlichen Verständigung über langfristige Herausforderungen (Energie, Umwelt, Arbeit, Familie etc.) beitragen. Daran haben immer wieder sehr kluge kompetente Vertreter von Germanwatch teilgenommen und wertvolle Beiträge geleistet. Ich schätze das Engagement, den Mut, die Hartnäckigkeit und die Kompetenz von Germanwatch hoch und wünsche weiterhin viel Erfolg.

Zeitenwende in der Klimapolitik

Alle Länder müssen ab sofort ihre Klimaziele umsetzen und verschärfen

Fast ein Jahr nach dem Hammerschlag für das Klimaabkommen von Paris kommen im November in Marrakesch, Marokko, die Staaten für den nächsten Klimagipfel zusammen. Für Germanwatch ein Grund, ein Zwischenfazit zu ziehen und einen Ausblick auf die internationale Klimapolitik zu geben.

Das Pariser Abkommen kann sich als historisch erweisen, wenn es die notwendige Zugkraft entwickelt. Dafür gibt es erste Zeichen. Die notwendige Anzahl von Ländern hat in Rekordzeit das Abkommen ratifiziert. Es gab die Hoffnung, dass es vor 2020 in Kraft tritt – nun ist es schon vor dem Klimagipfel in Marrakesch soweit. Diese Dynamik war auch für Germanwatch so nicht absehbar. In weiteren internationalen Foren gab es nach Jahren des Stillstands Bewegung. Im Bereich des internationalen Flugverkehrs wurde eine jahrzehntealte Blockadepolitik überwunden, um Emissionen der Flugzeuge einzugrenzen. Auch wenn das Ergebnis noch unbefriedigend ist – alle fünf Jahre soll dies nun im Lichte der Ziele von Paris nachgebessert werden. Zugleich ist es ein wichtiges Signal, jetzt auch die Emissionen der internationalen Schifffahrt klimapolitisch zu regulieren. Innerhalb des Montreal-Protokolls wurde nun endlich erreicht, einige der klimaschädlichen „Supergase“, die als Ersatzstoffe für das ozonschädigende FCKW eingeführt wurden, schrittweise weitestgehend zu ersetzen.

Viel Bewegung trotz Gegenwind

Auch auf nationaler Ebene gibt es neue Bewegung, aber auch viel Gegenwind. So ist es in Deutschland inzwischen sehr wahrscheinlich, dass es zum Ausstieg aus der Kohle kommen wird. Nur wann genau – zwischen 2030 und 2050 – es soweit sein wird, ist noch hoch umstritten. Auch zeichnet sich ab, dass in absehbarer Zeit keine Autos mehr vertrieben werden, die nur mit fossilen Brennstoffen betankt werden können. Und global sind in den beiden letzten Jahren die fossilen CO₂-Emissionen erstmals in Jahren mit solidem Wirtschaftswachstum nicht gestiegen, sondern stagnieren. Noch ist nicht klar, ob wir damit nahe am Höhepunkt der globalen Emissionen sind, wonach dann bis Mitte des Jahrhunderts der Ausstieg aus Kohle, Öl und Erdgas folgen muss.

Doch selbst wenn der Höhepunkt der globalen Emissionen bald erreicht sein sollte, wird der Temperaturanstieg noch viele Jahrzehnte weiter gehen, bis die Emissionen auf null gesunken sind und sich die Meere und Ozeane an diesen neuen Stand der Treibhausgase in der Atmosphäre angepasst haben. 2014 war das wärmste Jahr seit Temperaturmessung. 2015 war deutlich wärmer. 2016 wird noch einmal weit wärmer. Diese extremen Rekorde kamen jetzt, weil sich der Klimawandel mit der natürlichen Fluktuation des Wetterphänomens El Niño überlagerte.



Energiewende in Marokko: Das solarthermische Großkraftwerk Noor 1 (160 MW Leistung) in Ouarzazate.

So kann der Anstieg nun einige Jahre stagnieren, bevor es einen neuen Schub gibt. Wir haben bereits die Warnschwelle von 400ppm CO₂ in der Atmosphäre langfristig überschritten. Wo werden wir enden?

Klimaziele müssen erhöht werden

Trotz des positiven Zeichens aus Paris: Kein Land hat zurzeit ausreichend starke Klimaschutzziele angekündigt bzw. plant die Umsetzung von Maßnahmen, die mit dem in Paris verankerten 1,5 °C-Ziel oder der 2 °C-Obergrenze vereinbar sind. Zwar würden die angekündigten nationalen Klimaziele im Pariser Abkommen den globalen Temperaturanstieg auf etwa 3 °C begrenzen. Aber das ist immer noch viel zu viel, um das Überschreiten von Kipp-Punkten zu verhindern, die ganze Kontinente radikal verändern würden. Für den Klimagipfel in Marrakesch und die Klimapolitik in den nächsten Jahren wird es deshalb wichtig, den Druck auf die Umsetzung und Verschärfung der nationalen Klimaziele zu erhöhen. Drei Elemente sind hierfür entscheidend:

Erstens muss nun für das Pariser Klimaabkommen das Kleingedruckte erstellt werden. Nur wenn die Klimapolitik der einzelnen Länder transparent vergleichbar ist, kann man Vorreiter loben und verzögerer abstrafen. Der Klimagipfel in Marrakesch trifft hierzu wichtige Vorentscheidungen.

Zweitens müssen weltweit Energiewendestrategien und -politiken erarbeitet werden. Diese Erwartung gilt nicht nur für den Klimagipfel, sondern insbesondere auch für die G20-Staaten, da gerade die Industrie- und die Schwellenländer in Vorleistung gehen müssen. Solche Pläne, die von den großen Emittenten bis 2018, von allen Staaten dann bis 2020 vorgelegt werden sollen, sind ein entscheidender Baustein, um langfristige Investitionsentscheidungen zu beeinflussen.

Drittens gilt es, international Druck aufzubauen, dass Länder zusammen ihre Klimaschutzziele erhöhen. 2018 wird der Weltklimarat IPCC einen Sonderbericht erstellen und insbesondere die Risiken des Klimawandels neu beleuchten. In Marrakesch wird diskutiert, wie 2018 als politischer Moment konstruiert werden kann, um die Ambition zu steigern. In Paris beschloss die Staatengemeinschaft, die Klimaschutzziele alle fünf Jahre zu verschärfen. Außerdem wurde die Grundlage gelegt für transformative Partnerschaften insbesondere zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Diese werden sich zunächst vor allem darauf beziehen, die bisher angekündigten Ziele für Klimaschutz und Anpassung umzusetzen. Parallel dazu ist es Aufgabe der Zivilgesellschaft und Wissenschaft, zu zeigen, dass mehr möglich ist, damit dies dann in einer zweiten Phase der Partnerschaft umgesetzt werden kann. Germanwatch wird in den nächsten Jahren durch Multiakteurs-Partnerschaften versuchen, solche Prozesse für mehr Ambition in verschiedenen Ländern anzustoßen.

Transformativer Wandel

Mit Marrakesch tritt das Klimaabkommen von Paris in Kraft. Eine Zeitenwende. Jetzt gilt es, genau hinzuschauen, damit in den jetzt zu verhandelnden Ausführungsverordnungen keine Schlupflöcher auftauchen oder Länder von bisher gemachten Ankündigungen zurücktreten. Zugleich gilt es, für die neue Phase der internationalen Klimapolitik auch die Arbeitsweise der Klimaverhandlungen zu verändern, da sie in Zukunft eine neue Aufgabe haben: den notwendigen transformativen Wandel zu ermöglichen, der der Größe der Klimakrise entspricht. Wenn es gelingt, Kooperation miteinander und Solidarität mit den Betroffenen ins Zentrum zu stellen, können die Vereinten Nationen zeigen, wozu sie in einer turbulenten Welt in der Lage sind.

Sönke Kreft & Christoph Bals

Gute Gründe für Marokko, einen Klimagipfel auszurichten

Der Klimawandel birgt enorme Risiken für Marokko, das gewaltige Potenzial an Erneuerbaren Energien aber auch große Chancen. Das Königreich hat eine eigene Energiewende eingeleitet und den Ausbau von Wind- und Solarkraft zu einem übergeordneten Staatsziel erklärt. Und die Regierung redet nicht nur davon. 2015 war schon mehr als ein Drittel des Stroms erneuerbar, bis 2030 soll es mehr als die Hälfte sein. Das steckt dahinter, wenn die marokkanische Umweltministerin Hakima el Haité vor wenigen Mo-

naten erklärte, nun „vom Verhandlungs- auf den Aktionsmodus umzuschalten“.

Dies ist auch vor dem Hintergrund bemerkenswert, dass es dem Königreich in den letzten beiden Dekaden gelungen ist, durch ein nationales Elektrifizierungsprogramm nun 99 Prozent der Menschen auch in den armen und abgelegenen Regionen mit Strom zu versorgen, nicht mehr nur ein Fünftel wie Anfang der 1990er Jahre. In Schwellenländern gilt noch stärker als

in Industrieländern: Die Energiewende gewinnt an Akzeptanz, wenn sie gleichzeitig ökologische und soziale Probleme löst. Aber es gibt auch noch Widersprüche im Land – Pläne für Kohlekraftwerke, Fracking und Diskussionen um neue Kernkraftwerke. Transformative Partnerschaften zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens können diese verkehrten Ansätze weiter in den Hintergrund drängen.

Boris Schinke

Raus aus der Destabilisierung durch fossile Energien

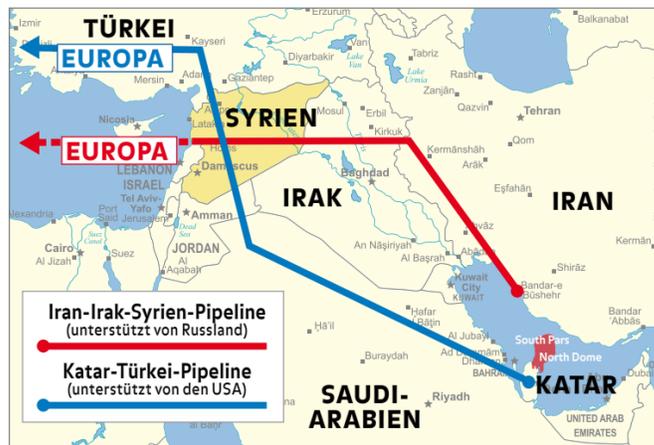
Wie der Kampf um Öl und Gas sowie der Klimawandel zu den Krisen in Irak und Syrien beitragen

Diesen Sommer hat die britische Regierung im mehr als 6.000 Seiten starken „Chilcot Report 2016“ amtlich dokumentiert, was laut interner Analyse des britischen Außenministeriums 2001 als „fundamentale Interessen“ Großbritanniens im Vorfeld des Irak-Krieges identifiziert wurde: Erstens die Gefährdung der regionalen Stabilität durch die Befürchtung von Massenvernichtungswaffen – bei denen sich später herausstellte, dass sie auf falschen Geheimdienstinformationen beruhten. Zweitens aber die eigene „Energiesicherheit“, da die Region um den Irak über 66 Prozent der globalen Ölreserven verfüge. Nach kurzer Zeit der einzige belastbare Kriegsgrund.

Syrien und fossile Machtinteressen

Umstritten ist die Rolle der fossilen Energien für die Eskalation des Konfliktes in Syrien. 2009 war das größte bisher bekannte Erdgas-Feld der Welt im Persischen Golf entdeckt worden. Das „South Pars/North Dome“-Gasfeld erstreckt sich von der Küste Katars quer über die gesamte Breite des Meeresarms. Gut zwei Drittel des Feldes gehören zum sunnitischen Katar, der Rest zum schiitischen Iran.

Der syrischen Regierung kam bei der Pipeline-Planung eine strategisch zentrale Rolle zu: Zunächst wurde der Transport des Gases von Katar aus über Saudi-Arabien, Jordanien und Syrien bis in die Türkei geplant, um dann eine Verbindung zur Nabucco-Pipeline in Richtung Europa herzustellen. Diese Route hätte die EU unabhängig von russischem Gas gemacht – und



Spielen die verschiedenen geplanten Pipeline-Routen vom „South Pars/North Dome“-Gasfeld Richtung Europa eine Rolle bei der Eskalation des Syrien-Konflikts?

dies zu günstigeren Preisen. Syriens Staatschef Assad hat dem Projekt letztlich allerdings eine Absage erteilt – aus Rücksicht auf den russischen Verbündeten. Russland als wichtigster Gaslieferant nach Europa befürchtete, die Pipeline würde ihre marktbeherrschende Stellung in Europa demontieren.

Assad stimmte schließlich in enger Abstimmung mit Moskau einer anderen Gaspipeline zu, die von der iranischen Seite des Gasfeldes über den Irak, Syrien und den Libanon ans Mittelmeer führen würde – um dann mit den russischen Pipelines verbunden zu werden. Manche Beobachter, wie etwa die Wirtschaftswoche, kommentierten im September 2015: Diese Verhandlungen mit Russland „besiegelten dann das Schicksal des Assad-Regimes“. Nach Informationen der Financial Times soll Katar im 2011 ausgebrochenen syrischen Konflikt allein in den

zwei Jahren bis Mitte 2013 die Rebellen in Syrien mit rund drei Milliarden Dollar unterstützt haben. Manche Kommentatoren sehen einen Zusammenhang zwischen diesen Zahlungen und dem geplatzten Pipeline-Deal.

Klimawandel als Risikoverstärker

Aber auch der Klimawandel durch die Verbrennung von Kohle, Öl und Gas wird zunehmend zu einem Risikoverstärker. Eine Studie des Stimson Zentrums für Klima und Sicherheit sieht den Arabischen Frühling als Beispiel dafür, wie der Klimawandel politische Krisen anfanzt: Der extreme Sommer 2010 und die in die Höhe schnellenden Weizenpreise fütterten den Aufstand in Nahost. In Russland,

der Ukraine und Kasachstan herrschte Dürre, in Kanada vernichtete starker Regen ein Viertel der Weizenernte. Dann kam die Jahrhundertdürre in China hinzu. Russland stellte alle Exporte ein, während Peking Weizen aufkaufte. Für die devisenarmen Diktaturen in Nahost war – anders als für das an Devisen reiche China – die folgende Verdoppelung der Weizenpreise verheerend. Die neun größten Weizenimporteure befinden sich im Nahen Osten. Sieben von ihnen erlebten im Jahr 2011 blutige Unruhen.

Der Klimawandel spielte auch im syrischen Konflikt neben dem Zugang zu fossilen Ener-

gien eine bedeutende Rolle: Die NASA sprach von der „längste[n] Dürreperiode seit 900 Jahren“ in der MENA-Region und Teilen Südeuropas. Sie sei nicht nur länger, sondern auch um 50 Prozent trockener als alle Dürreperioden der vergangenen 500 Jahre – und lag damit deutlich außerhalb der natürlichen Variabilität. In Syrien verendeten zwischen 2006 und 2011 rund 85 Prozent der Herden, 800.000 Bäuerinnen und Bauern verloren ihren Lebensunterhalt, drei Millionen SyrerInnen rutschten in die Armut ab und zogen in die überbevölkerten Städte. Zusätzlich zu der rund einen Million Iraker, die vor dem Chaos im eigenen Land geflohen waren. An der politischen Vernachlässigung der ländlichen Regionen, wie z. B. einer ausgebliebenen Landreform, entzündete sich der Ärger in den Regionen, in denen der syrische Aufstand begann: die „Dürre verschärfte die Situation noch“ analysiert Günter Meyers, Leiter des Zentrums für Forschung zur arabischen Welt der Universität Mainz, diese Dimension in einem komplexen Ursachengeflecht.

Ohne Zweifel: Mit Partnern wie Saudi-Arabien, Katar, Russland, den USA und China ist es auch kein friedenspolitischer Spaziergang, den Abschied von fossilen Energieträgern zu organisieren. Aber wenn die Welt weiter auf fossile Energieträger setzt, setzt sie auf Destabilisierung. Es gilt, Strategien zu entwickeln, die Energie- und Klimasicherheit für bisherige Import- und Exportstaaten fossiler Energien verbinden.

Christoph Bals & Vera Künzel

Ein Präzedenzfall: Der Fall Huaraz wird verhandelt

Kurz nach dem Klimagipfel in Marrakesch wird in Deutschland ein Gerichtsverfahren zur Klimagerechtigkeit stattfinden, das auch international großes Interesse weckt. Es geht erstmals um eine zivilrechtliche Klima-Musterklage eines Einzelnen gegen ein großes energieintensives Unternehmen. Immerhin gegen die RWE AG, die wie sie sich selbst beschreibt größte CO₂-Verursacherin Europas.

Am 24.11.2016 findet vor der 2. Zivilkammer des Landgerichts Essen die erste mündliche Anhörung zum Fall des peruanischen Bergführers Saúl Luciano Lliuya gegen den Konzern, der in Essen seinen Sitz hat, statt. Der Kläger wird durch seine Anwältin, die bekannte Umweltjuristin Dr. Roda Verheyen, vertreten, aber auch selbst anwesend sein. Für RWE verhandelt die internationale Kanzlei Freshfields Bruckhaus Deringer.

Germanwatch begleitet den mutigen und weit-sichtigen Peruaner von Anfang an mit Rat und Tat. Die Germanwatch-nahe Stiftung Zukunftsfähigkeit hat ihm zugesichert, für die anfallenden Anwalts- und Gerichtskosten einzutreten, da er die Mittel dafür selbst nicht aufbringen könnte.

Saúl Luciano strengt dieses Verfahren nicht zu seinem eigenen Vorteil, sondern stellvertretend für viele andere an. Ihm geht es um die 20.000 Menschen in der Region der Stadt Huaraz. Ihr Besitz und Leben werden bedroht durch eine Sturzflut, die bei einem Dammbbruch eines hoch über der Stadt liegenden Gletschensees eintreten würde. Da die zunehmende Klimaerwärmung die Gletscherschmelze in den äquatornahen Hochanden beschleunigt, füllt sich auch der

Palcococha-Stausee rasant und wird so zur unmittelbaren Gefahr. Ein bereits existierendes Überlauf- und Abpumpsystem ist völlig unzureichend.

Mit der Klage soll (auf der Basis des § 1004 BGB) bewirkt werden, dass der Kläger seinen Besitz ausreichend gegen eine abgehende Sturzflut schützen kann. Dazu muss am Stausee ein großer sicherer Damm mit reguliertem Ablauf installiert werden. Der Anteil von RWE an den Kosten beläuft sich auf ca. 17.000 €, die der zuständige Gemeindegemeinschaft erhalten soll, und berechnet sich aus dem Anteil des Konzerns an den historischen weltweiten CO₂-Emissionen in Höhe von 0,47 Prozent.

Der Streitwert ist also recht klein. Der juristische und klimapolitische Effekt kann jedoch sehr groß werden. Erkennen die Richter nicht nur an, dass RWE als eine der großen CO₂-Emittentinnen eine Mitverursacherin des Treibhauseffekts und der dadurch ausgelösten Konsequenzen ist, sondern konkret auch die Kosten für zu ergreifende Schutzmaßnahmen mitzutragen hat, würde der Fall Klimageschichte schreiben. Wie es durch die erfolgreichen Klagen wegen Gesundheitsschäden für die Tabakindustrie der Fall war, würde dies die fossile Wirtschaft weltweit schwächen.

Klaus Milke

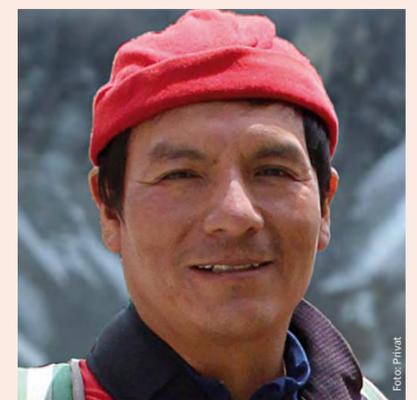
Weitere Infos:
www.germanwatch.org/der-fall-huaraz

ARD-Film „Letzte Chance für das Klima – Worauf es jetzt ankommt“ von Christian Jentzsch: www.tinyurl.com/chanceklima

Der Fall Huaraz: Saúl gegen RWE

Unterstützen Sie die Klage für Klimagerechtigkeit

Am 24. November 2015 reichte der peruanische Bergführer Saúl Luciano Lliuya eine Klage gegen RWE beim Land- und Amtsgericht Essen ein. Er will damit Schutz vor den Folgen der klimawandelbedingten Gletscherschmelze für sich und seine Familie sowie für die Menschen in Huaraz erwirken. Wenn der oberhalb gelegene Gletschensee bersten sollte, wird sein Wohnort Huaraz überflutet. Aufgrund der Gletscherschmelze wird das immer wahrscheinlicher, sofern nicht massive Schutzmaßnahmen ergriffen werden. RWE ist der größte CO₂-Emittent Europas und soll sich anteilig an den Kosten für geeignete Schutzmaßnahmen beteiligen.



Drei Ziele für globale Klimagerechtigkeit verfolgt die Klage:

1. Verursacher wie RWE in die Verantwortung nehmen und zu weniger schädlichen Geschäftsmodellen bewegen
2. Politische Lösungen herbeiführen für den Schutz der vom Klimawandel besonders betroffenen Menschen – national und international
3. Neue juristische Möglichkeiten für Betroffene schaffen – als Hebel für politische Lösungen

Germanwatch unterstützt Saúl Luciano ideell und konkret mit Beratung, Experten, Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit. Für den Bergführer Saúl Luciano ist die Klage gegen den Energiekonzern RWE eine große Herausforderung, vor allem muss er viel Durchhaltevermögen aufbringen – denn das Verfahren kann sich über bis zu fünf Jahre hinziehen.

Am 24.11.2016 findet nun vorm Landgericht Essen die erste mündliche Anhörung zum Fall Huaraz statt. Der klimapolitische Effekt dieser Klage ist nicht zu unterschätzen: Sollte Saúl gegen RWE Recht zugesprochen bekommen, würde die fossile Wirtschaft weltweit unter Druck geraten.

Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit für Saúl und die Menschen in Huaraz mit Spenden an die Germanwatch-nahe Stiftung Zukunftsfähigkeit!

Zur Spendenplattform:
www.betterplace.org/p35937

Spendenkonto der Stiftung Zukunftsfähigkeit:
Stichwort „Schutz für Huaraz“
GLS Gemeinschaftsbank eG
IBAN: DE 77 4306 0967 0014 0396 00
BIC: GENODEM1GLS

Hintergrundinfos zum „Fall Huaraz“:
www.germanwatch.org/der-fall-huaraz

Die Tür für mehr Ambition steht immer offen

Interview mit Patricia Espinosa, der neuen Chefin des Klimasekretariats der Vereinten Nationen (UNFCCC)

Um dem Klimawandel zu begegnen, muss die Menschheit bis zur Mitte des Jahrhunderts aus Kohle, Öl und Gas aussteigen. Was ist die Rolle der UNFCCC im Begleiten einer weltweiten Dekarbonisierung der Wirtschaft?

Die UNFCCC wird die Staaten weiterhin in ihrer Klimapolitik und bei Klimaschutzmaßnahmen unterstützen, natürlich insbesondere bezüglich der Pariser Beschlüsse. Das Klimaabkommen von Paris wird in vielerlei Hinsicht ein Leitfaden für eine globale Dekarbonisierung sein.

Erstens ist das Hauptziel des Klimaabkommens, die globale Klimaerwärmung auf deutlich unter 2 °C und so nah wie möglich bei 1,5 °C zu begrenzen, um gefährliche Kipp-Punkte im Klimasystem zu verhindern. Das bedeutet, dass die globalen Emissionen bald ihren Höhepunkt erreichen müssen und danach drastisch herunterzufahren sind. In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts muss eine Balance erreicht werden zwischen globalen Emissionen und CO₂-Entnahme aus der Atmosphäre durch Bindung in Ökosystemen oder andere Methoden.

Zweitens setzt das Pariser Abkommen fest, dass jedes Land alle fünf Jahre aktualisierte nationale Klimapläne (Nationally Determined Contributions, NDCs) einreicht. Kein nachfolgendes NDC darf die Ambition verringern. Zusätzlich wird der Prozess der globalen Bestandsaufnahme alle fünf Jahre, der auch die Inhalte der Klimapläne einbezieht, den Weg hin zu ambitionierterem Handeln systematisieren.

Die Verhandlungen zum technischen Regelwerk sind beim Klimagipfel COP 22 in Marrakesch zentral und münden in einen globalen Plan, wie über Klimaschutzmaßnahmen berichtet und Rechenschaft abgelegt wird. Die Länder beginnen nicht bei null. Viele erfolgreiche Modelle und Mechanismen für internationale Klimakooperation, die UNFCCC in den letzten beiden Jahrzehnten entwickelt hat, einschließlich des Kyoto-Protokolls, haben einen großen Erfahrungsschatz und Wissen dazu aufgebaut, wie dies effektiv erfolgen kann.

Erst das fertige Regelwerk lässt das Abkommen funktionieren. Eine der Hauptaufgaben von

UNFCCC wird es sein, die Länder bei der Fertigstellung des Regelwerkes – idealer Weise bis 2018 – und der vollen Umsetzung des Abkommens zu unterstützen. Das hört sich vielleicht eher technisch an, aber es ist eine wesentliche Rolle bei den globalen Bemühungen für eine Dekarbonisierung.

Was sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten internationalen Meilensteine nachdem im Jahr 2015 das große politische Abkommen beschlossen wurde?

Das Regelwerk so schnell wie möglich fertigzustellen, ist natürlich ein absoluter Meilenstein, der im Verhandlungsprozess erreicht werden muss. Ein weiterer Meilenstein ist Klarheit bezüglich der Bereitstellung von Finanzierung, was vor allem für die Ärmsten und Verletzlichsten wesentlich ist.

Marrakesch gibt den Regierungen die Gelegenheit, einen Plan zu präsentieren, wie sie die zugesagten 100 Milliarden US-Dollar jährlicher Unterstützung ab 2020 erreichen wollen und wie sie die Klarheit bezüglich der Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen erhöhen. Allerdings ist Finanzierung nicht nur für diese unmittelbare, direkte Unterstützung wichtig, sondern die globalen Finanzströme müssen verändert werden, um die weltweiten Bemühungen für Dekarbonisierung voranzubringen.

Ein schnellerer Finanzfluss für Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen ist notwendig, wenn die Weltgemeinschaft die ambitionierten Ziele des Klimaabkommens von Paris und die SDG erreichen will. Die UN schätzt, dass jährlich fünf bis sieben Billionen US-Dollar notwendig sind, um eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen – ein großer Teil davon für die wichtige Transformation zu einer kohlenstoffarmen, klimaresilienten globalen Wirtschaft.

Welche Partnerschaften müssen etabliert werden um wirklich transformative Klimapolitik in den Industrie-, Schwellen- und den



am wenigsten entwickelten Ländern zu ermöglichen?

Das Anliegen des Pariser Abkommens ist es, die „globale Antwort auf die Gefährdung durch den Klimawandel“ zu stärken. Diese Antwort basiert auf nationalem Handeln, gestärkt durch die Unterstützung für Entwicklungsländer, und betont die Bedeutung von nationalen Führungsrollen.

Um dies zu erreichen und die Welt zu verändern, müssen Regierungen entsprechend ihrer nationalen Rahmenbedingungen handeln und sicherstellen, dass alle Ministerien – von Finanzen über Planung und Energie bis Umwelt, Bildung, Gesundheit und Transport – Hand in Hand arbeiten.

Aber Regierungen alleine können all die ambitionierten Ziele des Pariser Abkommens und der SDG nicht erreichen. Deshalb ist es ermutigend, dass progressive Städte, Regionen und Länder, darüber hinaus auch Unternehmen und Investoren sich dem Klimaschutz und der Agenda 2030 verpflichtet haben.

Nach Paris kann kein Politiker oder Bürger, kein Manager oder Investor mehr am gemeinsamen Entschluss der Staatengemeinschaft für einen rechtzeitigen Übergang zu einer kohlenstoffarmen Gesellschaft und Wirtschaft zweifeln, die widerstandsfähig gegenüber dem gefährlichen Klimawandel ist. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Partnerschaften auf allen Ebenen sind notwendig, um diese Gelegenheit zu ergreifen.

Nichtregierungsorganisation sind wichtige Akteure – um Rechenschaftspflichten zu erhöhen, aber auch einen Konsens zu unterstützen, der die Globalinteressen widerspiegelt. Was sollen wir Nichtregierungsorganisationen aus Ihrer Sicht in Marrakesch vorantreiben?

NGOs spielen immer eine wichtige Rolle dabei, sicherzustellen, dass die Stimme der Bürgerinnen und Bürger gehört wird. Wie bereits erwähnt, liegt der Fokus in Marrakesch auf dem

Regelwerk. Es ist wichtig, dass das Regelwerk für das Klima funktioniert – die Beteiligung von NGOs ist dabei ein wichtiges Thema.

In Marrakesch ist Finanzierung für Anpassung ein besonders kritischer Punkt. Der Zugang zu Finanzierung für Anpassungsprogramme und -projekte ist vor allem für die Armen und Verletzlichen wichtig, die bereits von den Folgen des Klimawandels – wie ausgedehnten Dürren und Überflutungen – betroffen sind. Das muss glatt laufen, um den Menschen mehr Sicherheit zu geben, besonders den Ärmsten und Verletzlichsten. NGOs können hier eine wichtige Rolle spielen.

Marrakesch wird auch demonstrieren, wie eine frühe Umsetzung von NDCs aussehen kann. NDCs müssen zu Aktionsbündeln werden, die für das Klima, die Wirtschaft und die Menschen funktionieren. Auch dazu, wie sich dies am besten erreichen lässt, können NGOs wertvolle Beiträge liefern.

Deutschland droht, seine 2020 Klimaziele zu verfehlen und der Entwurf zum Klimaschutzplan 2050 gibt nur ungenügende Orientierung zum Erreichen der deutschen Langfristziele – was wollen Sie uns für die deutschen Debatten mitgeben?

Es ist sehr wichtig, dass Industrieländer beim Klimaschutz vorangehen. Deutschland hat das in der Vergangenheit getan und ich möchte alle Industrieländer drängen, weiterhin die Führungsrolle zu übernehmen. Die Tür für mehr Ambition steht immer offen. Zu jedem Zeitpunkt können Länder ambitioniertere Klimapläne einreichen, wenn sie sich dazu entschließen.

Dennoch ist eine langfristige Planung sinnvoll, wenn es um Klimawandel geht. Die größte Gefahr besteht zum Beispiel darin, in kohlenstoffintensive Infrastrukturen zu investieren und damit Lock-in-Effekte für die nächsten 40 bis 50 Jahre zu erzeugen. Investitionen in Infrastruktur rechtzeitig in eine kohlenstoffarme Richtung zu verschieben, ist ein zentraler Beitrag zu jedem Langfristziel.

Interview: Sönke Kreft & Christoph Bals



SD was? SDG!

Die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung relevant machen

Vor mehr als einem Jahr beschloss die Staatengemeinschaft auf einem UN-Gipfel in New York die Agenda 2030 mit ihren Sustainable Development Goals (SDG). Verfolgt man die Debatten dazu, so wird die Bedeutung der Ziele oft nicht erkannt. Die 17 globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung mit ihren 169 Unterzielen mögen auf den ersten Blick vielleicht komplex und schwer umsetzbar erscheinen. Dennoch: Sie wurden am 25. September 2015 von allen Staaten der Welt verabschiedet, um sie zum Kern der aktuellen und vor allem der zukünftigen nationalen und internationalen Politiken zu machen. „Business as usual“, so heißt es da, kann für niemanden eine Option sein – ob Politik, Wirtschaft oder Zivilgesellschaft.

Die Regierungen dieser Welt haben vieles akzeptiert, was vorher eher als Forderung von NGOs bekannt war: „Unsere Welt transformieren“, „Niemanden zurücklassen“ und „Ein Weiterso ist nicht akzeptierbar“ – das sind die Hauptüberschriften des weltweiten Handlungsauftrags für die nächsten 14 Jahre bis 2030. Damit wurde ein Paradigmenwechsel eingeleitet, der einen neuen Referenzrahmen setzt: eine nachhaltige Entwicklung unter Achtung der

Menschenrechte und der Grenzen des Planeten ist eine Gemeinschaftsaufgabe aller Länder, sowohl der Industrie- als auch der Schwellen- und Entwicklungsländer. Der gerade scheidende UN-Generalsekretär Ban Ki-moon spricht davon, dass es einen Plan B nicht gebe, da uns ein weiterer Planet nicht zur Verfügung stehe.

Transformation ist kein Kinderspiel

Die Umsetzung des Klimaabkommens von Paris und der Agenda 2030 gehören untrennbar zusammen. Und diese wird angesichts gut organisierter Interessen sicherlich kein Kinderspiel. Die Beschlüsse rütteln an den Fundamenten der gegenwärtigen Wirtschaftsweise, der aktuellen Ungleichverteilung von Reichtum und Macht, aber hinterfragen auch nicht-nachhaltige Lebensstile. Es ist damit zu rechnen, dass die Nutznießer des bisherigen Systems die sozialökologische Transformation nicht ohne Widerstand zulassen. Viel Druck werden in den nächsten Jahren die ärmeren Entwicklungs- und die Schwellenländer machen, die die SDG auch als Fortsetzung der nur zum Teil erfüllten Millennium-Entwicklungsziele (MDG) sehen. Wobei klar sein

sollte, dass durch die sozialen und ökologischen SDG nun alle Staaten der Welt „Entwicklungsländer“ sind, sowohl die klassischen Entwicklungsländer als auch die – sozial und ökologisch – fehlentwickelten Industrie- und Schwellenländer. Ohne den Druck und die Kreativität der Zivilgesellschaft wird das nicht gelingen.

Weitere ambitionierte Beschlüsse notwendig

In Deutschland geht es derzeit, neben anlaufenden Anstrengungen auf Länderebene, um die beim Kanzleramt angesiedelte Neuaufgabe der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, deren Entwurf sich erfreulicherweise im Sinne der Umsetzung der SDG nun tatsächlich an den 17 Hauptzielen der Agenda 2030 orientiert. Sie soll noch vor Jahresende vom Kabinett verabschiedet werden. Ganz klar ist: die Qualität der Nachhaltigkeitsstrategie bemisst sich unter anderem am Ambitionsniveau des deutschen Klimaschutzplanes 2050 – wenn es ihn denn gibt – und ebenso am Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte (NAP), der die UN-Prinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte in Deutschland umsetzen soll.



Die deutsche G20-Präsidentschaft mit dem Gipfel in Hamburg am 7. und 8. Juli 2017 wird hoffentlich die internationale Umsetzung ambitioniert vorantreiben. Als wirtschaftlich stärkste Nationen müssen die G20-Länder im Interesse aller Mitglieder der Vereinten Nationen – vor allem der schwächeren – besonders kraftvoll liefern, damit die UN-Beschlüsse von 2015 tatsächlich umgesetzt werden können. Beim letzten G20-Gipfel Anfang September 2016 hat China die Themen SDG und „Grüne Finanzierung“ sowie die Pariser Beschlüsse auf die Agenda gesetzt, jetzt stehen Konkretisierungen und klare Zielvorgaben für die Umsetzung an.

Klaus Milke

Termine

- **Hannover, 10.11.:** Tagung „aromaTisch vegetarisch – Klimaschutz mit Genuss“, u. a. mit Tobias Reichert. Weitere Infos unter: www.germanwatch.org/de/12925
- **Berlin, 10.11.:** Tagung „Rechte für Menschen – Regeln für Unternehmen“. Weitere Infos unter: www.germanwatch.org/de/12631
- **Bonn, 29.11.:** Themenabend „Die transformative Kraft von Laudato Si' in der pluralistischen Gesellschaft“, Abschlussveranstaltung „25 Jahre Germanwatch & Partnerschaftsjahr mit der Stadt Bonn“. Weitere Infos unter: www.germanwatch.org/de/11933
- **Hamburg, 30.11.:** Film und Diskussion „Letzte Chance für unser Klima – Worauf es jetzt ankommt“, u. a. mit Saúl Luciano Lliuya und Klaus Milke. Weitere Infos unter: www.germanwatch.org/de/12869
- **Vallendar, 9.–11.12.:** Germanwatch-Strategietage „Migration und Transformation – Problemanalysen und Lösungsansätze für Fluchtursachen“. Weitere Infos unter: www.germanwatch.org/de/12909

Wer wir sind – was wir wollen

Ziele von Germanwatch

Germanwatch ist eine gemeinnützige und unabhängige Umwelt- und Entwicklungsorganisation. Wir engagieren uns seit 1991 für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen. Klimaschutz und Anpassung, Welternährung, Unternehmensverantwortung, Bildung für Nachhaltige Entwicklung sowie Finanzierung für Klima und Entwicklung / Ernährung sind unsere Themen.

Bei unseren Tätigkeiten konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unserer Arbeit. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und Förderern und mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft wollen wir eine starke Lobby für eine nachhaltige Entwicklung sein.

Gezielter Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen sind zentrale Elemente unserer Arbeitsweise. Dabei sind wir mit Organisationen sowie Einzelpersonen aus dem Süden und mit Entwicklungs- und Umweltorganisationen weltweit eng vernetzt.

Germanwatch lebt von der Unterstützung seiner Mitglieder und Förderer. Machen Sie mit! Vielen Dank!

Kontakt

Berlin: Germanwatch e.V., Stresemannstr. 72, 10963 Berlin
Tel. (030) 2888 356-0, Fax (030) 2888 356-1

Bonn: Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn
Tel. (0228) 604 92-0, Fax (0228) 604 92-19

Internet: www.germanwatch.org, E-Mail: info@germanwatch.org

Spenden

Bank für Sozialwirtschaft Berlin
IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00
BIC / Swift: BFSWDE33BER

Impressum

Herausgeber: Germanwatch e.V., Redaktion: Dörte Bernhardt (V.i.S.d.P.), Daniela Baum, Klaus Milke. Stand: Oktober 2016.
Layout: Dietmar Putscher, Köln. Auflage ca. 100.000.

Gedruckt auf Recyclingpapier mit umweltfreundlichen Druckfarben auf Basis nachwachsender Rohstoffe.

Gefördert vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und Brot für die Welt. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei Germanwatch.



Abos und neue Germanwatch-Publikationen

- Kostenloses Abo: Die Germanwatch-Zeitung „Weitblick“ per Post (vierteljährlich). www.germanwatch.org/de/weitblick
- Kostenloses Abo: E-Mail-Newsletter Germanwatch-Kurznachrichten (alle sechs Wochen) www.germanwatch.org/de/abos-bestellen
- Kostenloses Abo: E-Mail-Newsletter KlimaKompakt (1 bis 2 Aussendungen pro Monat), mit aktuellen Berichten zum Klimaschutz. www.germanwatch.org/de/klimakompakt
- Exemplare dieser Zeitausgabe. Kostenlos. www.germanwatch.org/de/weitblick
- Hintergrundpapier: Ausblick auf den Klimagipfel COP 22 in Marrakesch. 5 Euro. www.germanwatch.org/de/12926
- Hintergrundpapier: Shifting the Trillions. 5 Euro. www.germanwatch.org/de/12705
- Hintergrundpapier: Eine gelungene Provokation für eine pluralistische Weltgesellschaft. 8 Euro. www.germanwatch.org/de/10479
- Flyer: 25 Jahre Germanwatch. Kostenlos. www.germanwatch.org/de/3308
- Unterrichtsmaterial: Wandel mit Hand und Fuß. 5 Euro. www.germanwatch.org/de/12040

Die oben aufgeführten Publikationen können Sie im Internet kostenlos herunterladen oder zum angegebenen Preis bestellen, zzgl. 2 Euro Versandkostenpauschale. Mitglieder, Förderer und Zustifter der Stiftung Zukunftsfähigkeit erhalten die Publikationen zum halben Preis.

Der Versand erfolgt gegen Rechnung, alternativ bitte den fälligen Betrag in Briefmarken beilegen. Bestellung: versand@germanwatch.org, Tel. (0228) 60492-0, Fax (0228) 60492-19, oder per Post an Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn.

Name, Vorname

Evtl. Organisation/Firma

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Tel./Fax

E-Mail

Die G20 als Schwundgrad für globale Dekarbonisierung?

Die internationale Klimapolitik feiert derzeit große Erfolge: Erst der Durchbruch von Paris 2015 und das schnelle Inkrafttreten des UN-Klimaabkommens, nun die Einigung auf einen weitgehenden Ausstieg aus den Flurkohlenwasserstoffen im Rahmen des Montreal-Protokolls. Auch steigen seit zwei Jahren die fossilen CO₂-Emissionen nicht mehr – trotz eines globalen Wirtschaftswachstums von mehr als drei Prozent. Allerdings lässt die Umsetzung der ambitionierten Beschlüsse – weltweit wie auch in Deutschland – bislang immer noch zu wünschen übrig. Der G20 als Forum der größten Wirtschaftsnationen, die zusammen fast 85 Prozent der fossilen CO₂-Emissionen verantworten, kommt bei der Umsetzung dieser völkerrechtlichen Vereinbarungen eine besondere Rolle zu. Die am 1. Dezember beginnende deutsche G20-Präsidentschaft muss den Weg für den notwendigen Ausstieg aus Kohle, Öl und Erdgas bahnen.

Zentral ist, dass die G20-Staaten ehrgeizige langfristige Strategien für treibhausgasneutrale Entwicklung vorlegen, und zwar rechtzeitig zur ersten Überprüfungsrunde der gemeinsamen Anstrengungen 2018. Die G7-Staaten haben sich dieses Jahr in Japan bereits verpflichtet, Langfristpläne „deutlich vor 2020“ zu erarbeiten. Dies sollte auf 2018 festgelegt und auf alle G20-Staaten ausgeweitet werden.

Die G20-Staaten sollten sich selbst verpflichten, den Bau von Infrastruktur künftig an den Zielen des Paris-Abkommens zu orientieren. Ein wichtiger Schritt, um dies zu erreichen, ist ein G20-Fahrplan für wirksame, ansteigende



Die Vertreterinnen und Vertreter der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer beim G20-Gipfel in Hangzhou im September 2016.

CO₂-Preise. Der Ausstieg aus fossilen Subventionen, von der G7 auf 2025 terminiert, wäre die logische Ergänzung. Auch gilt es, nach dem Programm zum Schutz besonders verletzlicher Bevölkerungsgruppen durch Klimarisikoversicherungen, das die G7 2015 beim Gipfel in Elmau aufgelegt hat, nun den Aufbau eines globalen Risikopools auf die Agenda zu setzen.

Traditionell liegt der Schwerpunkt der G20 auf Wirtschaftswachstum und Finanzmarktstabilität. Das Klimaabkommen von Paris hat als Beschluss festgehalten, die weltweiten Finanzströme in Höhe und Richtung konsistent mit den Klima-Zielen umzulenken. Auch die neuen globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung lassen sich bis 2030 nur umsetzen, wenn die Herkulesaufgabe gelingt, die gesamte Arbeit der G20 zu Finanzen, Entwicklung und Infrastruktur konsequent auf Nachhaltigkeit und Klimaschutz auszurichten. Der Vorsitzende des Finanzstabilitätsrates Mark Carney hat deutlich

gemacht, dass nun auf G20-Ebene Maßnahmen notwendig sind, die Auswege aus der „Tragödie des kurzen Horizontes“ der Finanzmärkte weisen. Der Finanzmarkt sollte jedes börsennotierte Unternehmen auch danach bewerten, wie gut es für die nationalen und internationalen Klimaziele bis 2050 und einen stetigen CO₂-Preisanstieg gerüstet ist. Aufbauend auf Initiativen der chinesischen G20-Präsidentschaft sollte Deutschland sich für die verbindliche Umsetzung der Ergebnisse der Task Force zur Offenlegung klimabezogener Finanzrisiken und der Studiengruppe zu „Green Finance“ einsetzen sowie Klimakriterien für Investitionsbanken und internationale Finanzinstitutionen vorantreiben. Wird dieses Umsetzungsprogramm für das Pariser Klimaabkommen vereinbart, kann der G20-Gipfel – wie der G7-Gipfel von Elmau – zu einem Schwungrad für internationalen Klimaschutz werden.

Gerrit Hansen & Christoph Bals

Der Bettvorleger muss wieder Tiger werden

Der deutschen Klimapolitik fehlt der nötige Biss

Wie peinlich für den vermeintlichen Klimaschutz-Vorreiter Deutschland. Weltweit sanken im Jahr 2015 die fossilen CO₂-Emissionen leicht, in Deutschland stiegen sie. Vor dem Klimagipfel in Paris hatte die deutsche Regierung der Welt versprochen, dass die Emissionen in Deutschland bis 2020 gegenüber 1990 um 40 Prozent sinken werden. Heute ist das Ziel nur noch zu erreichen, wenn einige Kohlekraftwerke zügig abgeschaltet werden. Im Straßenverkehr droht Deutschland nach dem VW-Desaster nun auch eine Klimapleite. Die CO₂-Emissionen aus dem Straßenverkehr stiegen jüngst wieder und liegen nun auf demselben Niveau wie 1990. Und der Klimaschutzplan, der den Weg zu einer weitgehenden Treibhausgasneutralität bis 2050 skizzieren und mit strategischen Maßnahmen unterlegen sollte, hat sich vom Tiger zum Bettvorleger gewandelt.



Bald Vergangenheit: Rauchschwaden über dem Kohlekraftwerk Niederaußem.

Große Teile des Wirtschaftsflügels der CDU/CSU geben sich alle Mühe, auch auf dem Klimaterrain die weltweit anerkannten Leistungen der eigenen Kanzlerin zu untergraben. In der SPD starren viele auf die Wahl in NRW im Mai 2017 und freuen sich, wenn sie dem Koalitionspartner die Schuld für einen gescheiterten Klimaschutzplan in die Schuhe schieben können. Inzwischen ist völlig offen, ob der Klimaschutzplan nach Fundamentalopposition von Teilen der Wirtschaft und Gewerkschaften überhaupt noch verabschiedet werden wird.

Wirtschaft braucht klare Vorgaben

Die Wirtschaft braucht klare politische Rahmenseetzungen – langfristig, eindeutig, rechtlich verbindlich –, damit sie ihre Investitionen dementsprechend ausrichten kann. Beispiel Verkehr: Wenn ein Auto durchschnittlich 20 Jahre genutzt wird und der Verkehrssektor im Jahr 2050 ohne den Einsatz fossiler Brennstoffe auskommen muss, dann lässt sich relativ einfach ausrechnen, dass ab 2030 keine Autos mit Motoren auf den Markt kommen dürfen, die nur mit Benzin oder Diesel gefahren werden können. 250 große Investoren drängten jüngst darauf, dass die Autoindustrie nun

KlimawandelspezialistInnen in ihre Vorstände holt, sich besser auf die kommende Politik einstellt und massiver in die klimafreundliche Mobilität investiert. Sonst droht demnächst der für Deutschland so wichtigen Autoindustrie sowie anderen Branchen das Schicksal der vier großen Stromkonzerne, die dem Zickzack-Kurs der Politik in Bezug auf Atomausstieg und Ernsthaftigkeit der Klimapolitik nicht gewachsen waren. Diese stehen nun vor den Trümmern einer Geschäftspolitik, die Klimaschutz als politische Spielerei abtat und durch eigene Lobbyarbeit die Vergangenheit in Form von Kohle und Kernkraft zementieren wollte. Nun sind die Börsenkurse im Keller, E.ON und RWE werden aufgespalten und viele konventionelle Kraftwerke können ihre Kosten nicht

mehr decken. Klare Rahmenseetzungen für den Kohleausstieg fordert inzwischen auch eine der beiden betroffenen Gewerkschaften: Verdi, weil sie einen Strukturbruch, einen ungeordneten Verfall vermeiden will.

Der Zukunft den Weg bahnen

Dabei ist das Ende der Kohle schon besiegelt. Ein Neubau von Kohlekraftwerken ist in Deutschland praktisch ausgeschlossen. Das wissen alle, egal ob sie bei RWE oder im Bundeswirtschaftsministerium arbeiten. Offen ist aber, ob das Ende so zügig erfolgt, dass es mit den Klimaschutzziele vereinbar ist und ob der Strukturwandel so organisiert wird, dass er ausreichend neue wirtschaftliche Perspektiven eröffnet. Ein klarer Fahrplan für den Kohleausstieg bis 2035 ist die Grundlage dafür.

Jetzt, wo die weltweite Energiewende an Schwung gewinnt, wo für Vorreiter ein großer, weltweiter Markt entsteht, bremst die deutsche Regierung ihre Wirtschaft aus. Viele Wirtschaftsverbände oder die Industrieergewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) stehen selbst auf der Bremse, weil sie die Vergangenheit schützen, statt der Zukunft den Weg bahnen wollen. Die aktuelle Bundesregierung, von der im kommenden Juli als G20-Präsidentschaft ein kraftvolles Signal erwartet wird, kann sich nicht bis zur Wahl verstecken und so tun, als ob es beim Austausch des fossilen Motors der Wirtschaft einfach eine Mittagspause geben könne. Dies wäre unverantwortlich – der eigenen Jugend, der Wirtschaft und den ArbeiterInnen gegenüber.

Tobias Pforte-von Randow

Unterstützen auch Sie die unabhängige Arbeit von Germanwatch. Werden Sie Mitglied!

Anmeldemöglichkeit und weitere Infos: www.germanwatch.org/mitglied-werden